

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreise aus dem Jahr 1910: Unterhaltungsbeilage jeden, Willen, Kunst und des Frauen- und Jugendbeilage einschließlich Bringerleins monatlich 80 Pf. Druck der Post bezogen vierteljährlich M. 2.75 unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 6. - Erhalten! Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: St. Bringerleins 14, U. Tel. 3425
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Veröffentlichung: St. Bringerleins 14, U. Tel. 1789
Verlagsort: Dresden, den 22. September 1910.

Inserte werden die Einzelzeile mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Berichtsanzeigen 20 Pf. Interests müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. - Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 220.

Dresden, Donnerstag den 22. September 1910.

21. Jahrg.

Sächliche Fabrikinspektion 1909.

2. Das begehrteste Ausbeutungsobjekt.

Auf dem Wirtschaftsjahr 1908 lastete schwer und voll die jüngste Wirtschaftskrise mit allen schlimmen Folgen für die Arbeitererschaft. In der ersten Hälfte des Berichtsjahres war es nicht besser; später besserte sich in einigen Industriezweigen die Geschäftslage, andere aber zeigten keinerlei Aufschwung. Das gilt besonders von der Industrie der Steine und Erden, dem Maschinenbau und anderen Zweigen der Metallindustrie. Dagegen machte sich in fast allen Zweigen des Textilgewerbes in der zweiten Hälfte des Jahres wieder ein lebhafter Geschäftsgang bemerkbar.

Die am 1. Mai 1909 vollzogene Arbeiterzählung ist noch unter dem Druck der Krise vorgenommen worden. Sie ergab demnach auch alle für eine schlechte Geschäftslage charakteristischen Ergebnisse. In solchen Perioden sind die Unternehmern ganz besonders bemüht, die Arbeitskraft des erwachsenen Mannes durch die billigere und willigere der Frauen und Mädchen zu ersetzen. Dieser Austausch (sogenannte Profitorientierung) hat sich in der letzten Krisenperiode ganz besonders schmerzhaft bemerkbar gemacht. Schon im Jahre 1908 war ein relativer Rückgang der erwachsenen männlichen Arbeitererschaft bemerkbar gewesen, denn ihr Anteil an der Gesamtzahl der in den revisionspflichtigen Betrieben beschäftigten Arbeiter ging da von 61,29 auf 61,07 Proz. zurück, in dem gleichen Zeitraum stieg der Anteil der Arbeiterinnen von 30,8 auf 30,7 Proz. Noch weit schlimmer ist diese Verhältnisse für die Arbeitererschaft im Jahre 1909 gewesen. Da bei der Zählung die erwachsenen männlichen Arbeiter bei gleichzeitiger Anwesenheit der weiblichen Arbeitererschaft abgezählt, obwohl die Zahl der revisionspflichtigen Betriebe eine wesentliche Vermehrung erfahren hat. Während 1908 nur 26 271 revisionspflichtige Anlagen festgestellt wurden, waren es 1909 27 264, also 1233 mehr. Es mag sein, daß die neu hinzugekommenen zum Teil Kleinbetriebe sind, die infolge der Einführung elektrischer Motoren revisionspflichtig wurden; die meisten von ihnen werden aber doch eine kleine Arbeiterzahl beschäftigen. Trotz dieses Zuwachses hat sich 1909 die Zahl erwachsener männlicher Arbeiter um 1395 vermindert, nämlich von 423 127 auf 421 732; in demselben Jahre ist die Zahl der weiblichen Arbeiter von 212 848 auf 219 005, also um 6157, angewachsen. Dadurch ist der prozentuale Anteil der erwachsenen männlichen Arbeiter an der Gesamtzahl noch weiter zurückgegangen. Während er 1908, wo er ebenfalls um 0,22 Proz. zurückgegangen war, noch 61,07 Proz. betrug, waren es 1909 nur noch 60,56 Proz., während der Anteil der Arbeiterinnen von 30,7 Proz. auf 31,5 Proz. gewachsen ist. Es ist somit seit 1907 der Anteil der erwachsenen männlichen Arbeiter an der Gesamtzahl der Arbeitererschaft um 0,53 Proz. zurückgegangen, der Anteil der Arbeiterinnen aber um 1,2 Proz. angewachsen.

Schlimmer noch als durch die Gesamtzahl wird die Wirkung der Krise durch Rückgang der Arbeiterzahl in einzelnen Bezirken und Industriezweigen veranschaulicht. So hatte sich in der Textilindustrie des Hittauer Bezirkes am 1. Mai 1909 gegen denselben Zeitpunkt des Vorjahres die Arbeiterzahl um 176 vermindert, gegen 1907 aber gar um 1637. Im Regierungsbezirk Leipzig hat sich die Zahl der Betriebe von 5307 auf 5295 vermehrt, die Zahl der Arbeiter ist aber gleichzeitig von 123 771 auf 123 329 zurückgegangen; noch stärker war der Rückgang bei den erwachsenen männlichen Arbeitern, die sich von 101 444 auf 100 051 verminderten, so daß ihr Anteil an der Gesamtzahl der Arbeiter von 65,97 auf 65,25 oder in einem Jahre um 0,72 Proz. zurückging, während die Arbeiterinnen eine Vermehrung um 1057 erfahren, so daß deren Anteil von 30,88 auf 27,96 Proz. fiel. Im Kreis Chemnitz hat das geschädigte Leben im Berichtsjahre nur zum Teil eine Besserung erfahren. Am besten war der Geschäftsgang in der Textilindustrie, dagegen ging es in der Industrie der Steine und Erden und im Baugewerbe rückwärts, noch ungünstiger war die Wirtschaftslage in der Maschinenindustrie, wo die Arbeiterzahl von 83 322 auf 81 165, also um 2157 zurückging. Die Gesamtzahl der Arbeiter im ganzen Kreise stieg von 102 063 auf 104 473, doch erstreckt sich die Zunahme nur auf die Frauen und jugendlichen Arbeiter, jene haben um 2333 zugenommen, diese um 313, die erwachsenen männlichen Arbeiter aber haben sich im Berichtsjahre um 322 vermindert. Neben dem einseitigen Aufschwunge der Textilindustrie ist die Lage der Arbeitererschaft offenbar auch auf die Suche der Unternehmer nach billigen Arbeitskräften zurückzuführen, die auch noch besonders durch die Kritik an Chemnitz I illustriert wird, daß dort in den Anlagen zur Herstellung von Zigarren die Sortierer mehr und mehr durch billigere weibliche Arbeitskräfte ersetzt werden. Der Rückgang der erwachsenen männlichen Arbeiter fällt um so mehr ins Gewicht, weil 1908 nur eine Zunahme von 115, also fast ausschließlich schon ein relativer Rückgang zu verzeichnen war. Demeistert sei noch, daß der Anteil der erwachsenen männlichen Arbeiter an der Gesamtzahl der Arbeitererschaft im Berichtsjahre zurückgegangen ist. Auch in der Kreishauptmannschaft Dresden hat sich die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter bei gleichzeitigem Anwachsen der Betriebe

vermindert. Diese vermehrten sich um 274 Anlagen, die Gesamtzahl der Arbeiter stieg hier auf 154 824, vermehrte sich daher nur um 197, doch ging die Zahl der über 21 Jahre alten Arbeiter von 103 185 auf 102 246 zurück, verminderte sich also um 939. Eine Abnahme der Gesamtarbeiterzahl um 904 Personen hat im Dresden Kreise bei der Industrie der Maschinen u. s. w. und eine solche um 450 bei den Bergleuten stattgefunden. Dagegen erhöhte sich die Arbeiterzahl bei der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel um 500, bei der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe um 255 Köpfe. Am wenigsten scheint die Kreisbauernschaft Zwickau von der Krise heimgesucht worden zu sein. Dort stieg die Arbeiterzahl um 2645, die der männlichen erwachsenen Leute um 633. Doch war es auch hier die Textilindustrie, die die meisten Aufträge hatte, während im Maschinenbau die Konjunktur sehr ungünstig war. In ersterer hatte daher auch die Arbeitererschaft um 795 zugenommen, in letzterer war dagegen ein Rückgang um 215 zu verzeichnen. Fast alle Angaben über die Beschäftigungen unter der Arbeitererschaft in der Krise vertragen ein starkes Verlangen der Unternehmer nach der billigeren weiblichen Arbeitskraft. In einigen Bezirken konnte der Bedarf gar nicht gedeckt werden, so wird im Bericht aus dem Bezirk Auerbach über Arbeitermangel geklagt. Diese Bevorzugung der Arbeiterinnen führt häufig dazu, daß die Frauen in den Fabriken schwer arbeiten müssen, während der arbeitslose Mann darauf angewiesen ist, den Haushalt zu besorgen. So stellen die Ausbeuter die Verhältnisse auf den Kopf und gehen dahin und predigen, daß der natürliche Beruf der Frau das Walten als Hausfrau und Mutter der Kinder sei.

Vom Parteitag.

Magdeburg, 21. September.

Die Debatte über den Budgetstreit wurde heute fortgesetzt. Sie setzte gleich zu Beginn mit großer Lebhaftigkeit ein. Den Anfang machte ein Wächner, ein Verteidiger der Waden. Seine in sehr ruhiger Tone gemachten Ausführungen lösten lebhafteste Proteste auf der einen und Zustimmung auf der anderen Seite aus. Diese Kundgebungen hielten mehr oder weniger während der ganzen Debatte an. Dem Wächner Genossen folgte die Genossin Rosa Luxemburg auf die Rednerbühne. Sie wird sehr aufmerksam angehört. Nachdem ihre Redezeit abgelaufen, kommt es zu einem erregten Zwischenfall. Die Rednerin glaubt, einen Antrag begründen zu dürfen, wozu 20 Minuten Redezeit gegeben sind. Entsprechend früherem Brauche in ähnlichen Fällen stehen jedoch die vielen zur Sache vorliegenden Anträge nur zur Debatte. Als die Genossin Luxemburg nach dieser Behauptung ihre Rede durch einen Schlußwort "Schluß" gerufen, wozu auf der anderen Seite lebhafteste Proteste hervorruft. Die Zwischenrufe wogen heftig und sinnlos. Viele Delegierte haben sich von den Plätzen erhoben, andere stehen in Gruppen mitten im Saale gestikulierend beieinander. Eine längere Geschäftsordnungsdebatte folgt. Als sich der Sturm gelegt hat und die Rednerin die Bühne verläßt, bricht stürmischer Beifall, der ihren Ausführungen gilt, los. Dann geht die Debatte weiter — temperamentvoll, aber sachlich. Neben mehr vermittelnden Reden, wie der Quards, sind auch sehr heftige Ausführungen zu vernehmen. Es ist aber sehr schwer, neue Momente aus diesem herauszufinden. Starke Proteste rufen die Darlegungen Heilmanns hervor; sie gehen teilweise in dem heftigen Widerspruch völlig unter. Eine sachliche Urteilsfindung seiner Bemerkungen möchten wir gleich an dieser Stelle feststellen. Heilmann behauptete unter anderem, auch im Dresdener Stadtparlamenten-Kollegium hätten unsere Genossen dem Budget zugestimmt. Wie er zu dieser Behauptung kam, ist unverständlich, denn im Dresdener Stadtparlament gibt es eine Abstimmung über das Gesamtbudget überhaupt nicht. Mit großer Energie liest weiter Genossin Heilmann den Text. Ihr folgt Duessell, dessen eigenartige Stellung in wichtigen Parteifragen ja bekannt ist.

Die folgende Debatte bringt an weiteren interessanten Gegenständen in der vorliegenden Sache die Genossen Ledebour und David auf den Kampfplatz, die beide direkt hintereinander sprechen. Sehr lebendig wird es auch, als ein Rheinländer unter Hinweis auf Bedels Dienstreise Ausführungen die Kostwendigkeit auf grundsätzlicher Auffassung in der Parteipresse betont. Mit stürmischem Beifall und Handklatschen wird der Ausdruck dieses Verlangens stark unterstrichen.

Die Delegierten sind nach der Mittagspause wieder vollständig erschienen. Auch die Räume für die Zuhörer sind, wie während der ganzen Erörterung der Wadenler Angelegenheit, sehr stark besetzt. Die Debatte setzt mit Ausführungen Liebnechts gegen den Disziplinbruch ein, und es wechseln dann die Redner, wie bisher: einer für, einer gegen. Sehr starken Widerspruch fanden die Ausführungen Edelmanns, der lebhaft gegen die Resolution des Parteivorstandes polemisierte.

Nachmittags 4 Uhr wurde ein Schlußantrag mit großer Mehrheit angenommen. Es folgten eine Anzahl persönlicher Bemerkungen und Wichtigstellungen. Unter anderem wandte sich Genosse Rühl-Dresden gegen Ausführungen der Genossen Heilmann, Chemnitz und Niem-Dresden. Dann erzielte Genosse Bedel das Schlußwort. Er begann mit einer mehr persönlichen Note gegen den Genossen Peus, des Redakteurs des Anhalter Parteiblattes, veranlaßt durch vorige Ausführungen Bedels und eine ihnen folgende Erklärung von Peus. In seinen weiteren Erörterungen war besonders interessant der Nachweis der „sozialistischen Arbeit“ der Sozialdemokratie im Reichstag an der Hand konkreter Beispiele. Bedel sprach mit großer Frische und in teilweise humoristischen Wendungen noch einmal mit allem Nachdruck gegen die Wadenler Budgetbewilligung und gegen die ihr zugrunde liegende prinzipielle und faktische Richtung in der Partei ziemlich zwei Stunden. Er gab am Schluß die Erklärung ab, daß er und der Parteivorstand mit dem Sinne und dem Zweck des von 218 Delegierten unterzeichneten Amendements Jubel ganz einverstanden seien, auf formellen

Gründen aber um Zurückziehung ersuche. Darauf zog Genosse Haase-Königsberg im Namen der Antragsteller das Amendement zurück. Abends 6 Uhr kam Genosse Frank zum Schlußwort für die Wadenler. Sehr lebhaft wendet er sich unter der Zustimmung der „Rechten“ des Parteitages wider die Gegner der Budgetbewilligung und des Disziplinbruchs. Es erfolgten dann die namentlichen Abstimmungen, die die Leser im Parteitagbericht finden.

Magdeburg, 21. September. (Privattelegramm.) Nach der Rede Franks beantragt Genosse Haase Verlegung auf Freitag. Es folgen zunächst persönliche Bemerkungen von Peus, Braun, Haase, Bedel, Frank. Vorkisender Diez empfiehlt, nur eine Pause einzutreten zu lassen und abends noch die Abstimmungen vorzunehmen. Demgemäß wird beschloffen. Um 8¹/₂ Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Der Vorkisende teilt mit, daß folgender Antrag Jubel neu eingegangen ist:

„Angesichts der Erklärung des Genossen Frank in seinem Schlußwort, daß er sich und seinen Freunden die Stellungnahme zu dem Beschluß des Parteitages vorbehalten müsse, beantragen wir folgenden Zusatz zur Erklärung, die Genosse Bedel im Auftrage des Parteivorstandes abgegeben hat, zu Beschluß zu erheben: „Wir sind der Meinung, daß, falls die Resolution des Parteivorstandes angenommen wird, und abermals eine Wahrung der Resolution vorkommt, alsdann die Vorarbeiten des Ausschusses verfahren gemäß § 28 des Organisationsstatuts gegeben sind.“

Vorkisender Diez: Die Debatte war bereits geschlossen, wir sind in die Abstimmung eingetreten. Anträge können also jetzt nicht mehr gestellt werden. Wenn nach Schluß der Abstimmung ein anderer Antrag gestellt wird, dann liegt es in der Hand des Parteitag, zu diskutieren, ob er zugelassen ist. (Zustimmung.)

Es folgen nun die namentlichen Abstimmungen über die Vorstandesresolution. Zunächst über den ersten Absatz, der die Beschlässe von Dresden, A. Bed und R. Königsberg bestätigt. Er gelangte mit 265 gegen 106 Stimmen zur Annahme. Der Disziplinbruch (Absatz 2 der Resolution) wurde verworfen mit 201 gegen 71 Stimmen. In der Gesamtabstimmung gelangte die Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission mit 269 gegen 80 Stimmen zur Annahme. Das Ergebnis der Abstimmung wurde mit stürmischem Beifall und Beifall der Mehrheit aufgenommen. Mit derselben Mehrheit wird der Antrag, eine Studienkommission einzusetzen, unter lebhaftem Beifall abgelehnt.

Vorkisender Diez schlug nunmehr vor, die Sitzung zu vertagen. Er wies darauf hin, daß die heutige Tagung sehr anstrengend gewesen sei und alle Herren, wie Bedel, bereits den Saal verlassen hätten.

Emmel-Mühlhausen beantragte dennoch, erst über den neuen Antrag Jubel abzustimmen. Haase-Königsberg bestritt dies. Frank erklärte: Der Antrag Jubel geht von einer falschen Voraussetzung aus, eine solche Erklärung habe er nicht abgegeben. Was er wirklich gesagt habe, siehe nicht im Widerspruch zu der Rühlberger Resolution. (Wraso bei dem Süddeutschen, Laufen bei der Mehrheit.) Diez stellt die Unterfertigungsfrage für den Antrag Jubel. Er wird unterfertigt und die Mehrheit beschließt die sofortige Verhandlung. Die Süddeutschen verlassen darauf unter großer Unruhe des Parteitages den Saal.

Darauf begründet Haase-Königsberg den Antrag Jubel: Die Erklärung Franks war ein Hauptschlag in das Gesicht der Parteitagmehrheit. Wir müssen Klarheit schaffen. Jeder soll wissen, daß der Parteitag sich einen neuen Disziplinbruch nicht gefallen lassen will.

Richard Fischer-Berlin: Der Antrag Jubel ist bedauerlich. Die Erklärung Franks mußte genügen. (Stürmischer Widerspruch.) Er hat erklärt, daß er sich nicht in Widerspruch zum Rühlberger Beschluß setze. Der Antrag ist auch sachlich unmöglich (Widerspruch Ledebours), denn der Parteitag bindet damit alle etwaigen zukünftigen Schiedsgerichte. Erwenden Sie nicht den Eindruck, als wollten Sie Ihre Majorität mißbrauchen. Beden Sie vor der Beschlußfassung der Mehrheit Gelegenheit zur Beratung und zur Abgabe einer Erklärung.

Raaygenstein: Franks Erklärung bedeutet eine Anerkennung des Rühlberger Beschlusses. (Widerspruch.) Vertagen Sie die Sache auf morgen.

Diez bittet nachmals, es ihm zu überlassen, die Sache später auf die Tagesordnung zu setzen. (Zurufe: Nein, nein!)

Dittmann: Ich warne dringend vor Vertagung auf morgen, die Genossen haben es fast, sich fortgesetzt einsetzen zu lassen. (Sehr richtig!)

Diez: Das wären doch merkwürdige Delegierte, die sich einsetzen lassen. (Heiterkeit.)

Behmann-Wiesbaden: Wir befinden uns in der Erregung.